

Protokoll

4. Sitzung des Gemeinderates

Mittwoch, den 03.05.2023, um 18:30 Uhr, im Großen Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 18:32 Uhr

Anwesend: Bürgermeister

1. Vizebürgermeisterin

2. Vizebürgermeisterin

Stadtrat

Stadtrat

Stadtrat

Stadträtin

Stadtrat

Stadtrat

Stadtrat

Gemeinderat

Gemeinderat

Gemeinderat

Gemeinderätin

Gemeinderätin

Gemeinderätin

Gemeinderat

Gemeinderat

Gemeinderat

Gemeinderat

Gemeinderat

Gemeinderätin

Gemeinderätin

Gemeinderat

Gemeinderat

Gemeinderätin

Gemeinderätin

Gemeinderätin

Gemeinderat

Gemeinderätin

Gemeinderat

Gemeinderätin

Gemeinderätin

STDir.-Vertretung

VB

Christian Gepp, MSc

Helene Fuchs-Moser, MSc

Gabriele Fürhauser

Mag. Alfred Gehart

Stefan Hanke MA.BEd.

Hubert Holzer

Elisabeth Kerschbaum, MSc

Martin Peterl

Matthias Wobornik

Ing. Alfred Zimmermann

Michael Benedikter

Friedrich Blihall

Alexander Bruny

Maria Faber

Mag. Petra Gerstenecker

Mag. Bernadette Haider-Wittmann

Markus Hartleben

Mag. Hubert Keyl

Mag. (FH) Matthias Keusch

Mag. (FH) Klaus Michal

Ing. Dr. Erik Mikura

Adelheid Muhm

Elke Paul

Thomas Pfaffl

Ing. Johann Renner, BSc

Peter Schindler

Karin Schuster-Zwischenberger

Elke Setik

Susanne Springer

Stefan Tmej BSc

Sabine Tröger

Michael Vesely

Traude Wobornik

Mag. Karl Stepanek

Czeiska Martina

Entschuldigt: Gemeinderat

Gemeinderat

Gemeinderat

Stadtrat

Sebastian Tmej

Davor Djuricic

Bernd Herzog

Andreas Minnich

Top 10) „Preisanpassung Essenspreise Kindergarten“ wird abgesetzt und im zuständigen Ausschuss noch einmal beraten.

Die geänderte Tagesordnung ist einstimmig genehmigt.

Gemeinderatssitzung

- 1) Protokolle der Gemeinderatssitzung vom 29.03.23
- 2) Berichte
- 3) Nachwahl in die Ausschüsse
- 4) Resolution zur Schwellenwertverordnung nach Bundesvergabegesetz 2018
- 5) Auftragsvergabe PV-Anlage samt Batteriespeicher – K2
- 6) Jugendvereine Subventionen
- 7) Shuttle-Bus
- 8) Projekt Hippy
- 9) Sportsubventionen
- 10) ABGESETZT - Preisanpassung Essenspreise Kindergarten
- 11) Ansuchen Sondersubventionen Volkshochschule
- 12) Sonstige Transfers an private Haushalte – Erhöhung des Budgetansatzes
- 13) Überplanmäßige Ausgaben – Auswahlkosten
- 14) Dienstpostenplan 2023 – Änderungen
- 15) Resolution öffentlicher Verkehr im Bezirk Korneuburg
- 16) Allfälliges
- 17) Personalangelegenheiten

1) Protokolle der Gemeinderatssitzung vom 29.03.23

Es gibt keinen Einwand, die Protokolle sind genehmigt

Herr Bgm. Gepp übergibt den Vorsitz an Frau Vizebürgermeister Fuchs-Moser.

2) Berichte

2.a) Berichte des Bürgermeisters

Kleinregion

Generalversammlung 10vorWien war am 19.04.23 in Obergänserndorf.

- Kleinregionaler Strategieplan 10vorWien
- Leitsätze 2023-2026
- Identität und Marketing
- Verwaltung und Bürgerservice
- Freizeit und Naherholung
- Fossilienwelt Weinviertel (Förderung durch das Land NÖ sehr wahrscheinlich)
- Regionales Anrufsammeltaxi (IST-Mobil)

Eröffnung Musiktage am 27.4.2023

Die 52. Musiktage wurden gemeinsam mit den 19. Korneuburger Kunstkilometer im Stadtsaal eröffnet. Danke an alle die mitgeholfen haben.

Vizebürgermeisterin Helene Fuchs Moser führte durch das Programm, das von der 3b Musikmittelschule mit Frau Elisabeth Schliegl, ein Duo von La Tastiera Magica, der Chorvereinigung ProMusica sowie einem Team von Steptänzer:innen gestaltet wurde. Nachdem Bgm. Christian Gepp die Musiktage und den Kunstkilometer eröffnete, wurde zu einem kleinen Imbiss geladen. Die Raiffeisenbank hat das Buffet dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt.

Eine große Schar der Eltern der Sänger:innen der Musikmittelschule, viele Künstler:innen des Kunstkilometers, sowie Künstler:innen der Korneuburger Vereine besuchten den Abend im Stadtsaal.

Maibaumübergabe

Die Veranstaltung fand trotz Regenwetter am Freitag 28.4. ab 17:00 Uhr statt. Aufgrund des Schlechtwetters und fehlender Besucher:innen wurde die VA früher beendet gegen 18:30 Uhr (statt wie geplant um 20:00 Uhr).

Anzahl Besucher:innen am Gelände gegen 17:30 Uhr: ca. 100 Personen (inkl. Stadtmusik/Vertreter:innen der Stadtgemeinde)

Folgende Organisationen waren bei der Organisation beteiligt:

- Die Freiwillige Feuerwehr sorgte für das leibliche Wohl
- die Stadtmusik Korneuburg für die richtige Stimmung mit unterschiedlichen Musikstücken
- der Tanzverein Viervierteltakt bot ein abwechslungsreiches Showprogramm.

Dank der finanziellen Unterstützung der Sparkasse Korneuburg konnten sich die kleinen Festgäste bei den beiden Hüpfburgen austoben.

Die Sparkasse Korneuburg überreichte einen Spendenscheck von 500€ an die FF-Jugend-Vertreter:innen.

Vielen Dank an alle!

Neue Zahlungsvorschreibungen der Stadtgemeinde ohne gewohnten Erlagschein

Die Zahlungsvorschreibungen werden ab Ende April 2023 in neuem Design mit QR-Code zugestellt. Der gewohnte Erlagschein, der bisher am unteren Ende der Vorschreibung angefügt war, wird nicht mehr benötigt.

Für die Überweisung der Vorschreibungen ab dem 2. Quartal stehen Ihnen folgende vier Varianten zur Verfügung:

1. Online-Banking

- QR-Code am Seitenende über das Smartphone einscannen und alle Daten werden automatisch übernommen. Sie benötigen einen QR-Code Scanner (App oder Kamera).
- QR-Code über den Selbstbedienungsterminal bei folgenden Banken in Korneuburg einscannen: Raiffeisenbank, Oberbank und HYPO NOE Bank
- Daten am Seitenende im Online-Banking händisch eingeben

2. Zahlschein mit den am Seitenende angegebenen Daten händisch ausfüllen und bei Ihrer Bank aufgeben.

3. Die Überweisung am Schalter Ihrer Bankfiliale beauftragen. Hierbei könnten je nach Bank Servicekosten entstehen.

4. Zustimmung zum Abbuchungsauftrag erteilen und die automatische Abbuchung laut Anleitung beauftragen. Diese erfolgt ab dem Folgequartal nach Einlangen Ihres Antrags.

Gesundheitsprojekt „Silversports“

Regelmäßiger Sport ab 60 Jahren ist der Stadtgemeinde Korneuburg ein großes Anliegen. Dazu gibt es ein kostenloses Gesundheitsprojekt „Silversports“ mit OA Dr. Altenburger.

Die Informationsveranstaltung findet am 09.05.23 um 15:00 Uhr im Großen Sitzungssaal statt.

Es folgt ein Bericht von Herrn Dr. Mikura zum Abwasserverband – Eröffnung der „Neuen“ Kläranlage am 14.04.23.

Wortmeldungen:

Pfaffl, Fuchs-Moser, Gepp

Herr Bgm. Gepp übernimmt wieder den Vorsitz

2.b) Bericht von GR Dr. Mikura zum Abwasserverband

Am Freitag, den 14. April 2023 wurde die, dem neusten Stand der Technik entsprechende zweite Ausbaustufe der Kläranlage des Abwasserverbandes „Raum Korneuburg“ eröffnet. Sie ist für die Behandlung der Abwässer von 85.000 Einwohnern gleichwertig ausgelegt.

Das Großprojekt hatte 2016 mit der ersten Ausbaustufe begonnen und die gesamten Investitionskosten belaufen sich auf € 15,5 Mio. Zusätzlich wurde eine neue Schlammfaulanlage zur Gewinnung von Biogas zur Eigenstromerzeugung mit einem Gasmotor integriert, weiters wurde zur Optimierung der Eigenenergieversorgung 2021 noch eine Photovoltaikanlage mit 190 kW_{peak} errichtet.

Die veranschlagten Baukosten wurden eingehalten. Für die laufenden Betriebskosten und Finanzierungskosten wurde ein Budget beschlossen, das in der letzten Gemeinderatssitzung Tagesordnungspunkt war. Rückzahlungen bleiben mit € 1.048.392,-- gleich. Betriebskosten und laufende Erhaltung steigen um € 167.000,-- auf 1,5 Mio. jährlich.

Im Laufenden sind:

- Varianten der Energieversorgung auch mit Bisamberg und für den Worst Case.
- Klärschlammverwertung, Forschungsprojekt mit der TU Wien und der STRABAG sowie die Möglichkeit für einen Beitritt in einen Verband zur, der EU entsprechenden Klärschlammverbrennung.
- Personal ist mit neuem Betriebsleiter und zwei neuen Klärwärtern jetzt stabil.

Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3) Nachwahl in die Ausschüsse

Die ÖVP Fraktion schlägt folgende Nachbesetzung in den Ausschüssen vor:

Ausschuss Bauangelegenheiten:

Vesely Michael (statt Christopher Kremlicka)

Prüfungsausschuss:

Vesely Michael (statt Christopher Kremlicka)

Ausschuss Umwelt und Energie:

Vesely Michael (statt Christopher Kremlicka)

Die Sitzung wird auf Grund der Wahlhandlung von 18:46 bis 18:54 Uhr unterbrochen.

Wahlergebnis:

Abgegebene Stimmen: 33

Gültig: 33

Ungültig: 0

4) Resolution zur Schwellenwertverordnung nach Bundesvergabegesetz 2018

Sachverhalt:

Die Schwellenwertverordnung, die seit nunmehr 13 Jahren allen öffentlichen Auftraggebern die Durchführung einfacher Auftragsvergaben mit höheren Schwellenwerten – als im Bundesvergabegesetz 2018 festgelegt – ermöglicht, ist Ende letzten Jahres außer Kraft getreten und erst mit Wirksamkeit ab 07. Februar 2023 neuerlich erlassen worden. Allerdings gilt die Schwellenwertverordnung 2023 nur bis Ende Juni 2023.

Ohne weitere rechtliche Maßnahmen werden die geringeren Schwellenwerte des Bundesvergabegesetzes 2018 Mitte dieses Jahres somit wieder in Geltung treten. Diese Vorgehensweise hat bei den Verantwortlichen in den Gemeinden erhebliche Unsicherheiten erzeugt, die sich schädlich auf das Investitionsklima in unserem Land ausgewirkt haben.

Es ist deshalb wichtig, dass mögliche Erleichterungen im Vergabeverfahren, die wesentlich mit der Anhebung der Schwellenwerte einhergehen, gesichert werden. Besonders die regional orientierten Klein- und Mittelbetriebe haben von dieser Maßnahme profitiert, da sie sich nicht an einem komplexen Vergabeverfahren beteiligen müssen. Im Ergebnis wird dadurch die Konjunktur gestärkt und Arbeitsplätze in den Regionen gesichert.

Zudem muss berücksichtigt werden, dass die Inflation und die damit verbundene Geldentwertung der letzten Jahre es erforderlich machen, die bisherigen Werte der Schwellenwertverordnung langfristig abzusichern.

Somit stellt der Bürgermeister den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die zuständige Bundesministerin für Justiz, Frau Dr. Alma Zadic, LL. M., dringend zu ersuchen

1. Die geltenden Schwellenwerte der Schwellenwertverordnung 2023 über die Geltungsdauer 30. Juni 2023 neu zu verordnen (gemäß EU-Konformität) (zunächst) unbefristet zu verlängern, sowie
2. sich dafür zu verwenden, dass die derzeitigen Regelungen dieser Verordnung dauerhaft – somit gesetzlich – sichergestellt und die bisherigen Schwellenwerte entsprechend der Teuerung angehoben werden. ~~werden und die bisherigen Schwellenwerte entsprechend den Teuerungen angehoben werden.~~

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen ☒
Zugestimmt:

ÖVP X
SPÖ X
GRÜNE X
FPÖ X
NEOS X

Gegenstimmen:

ÖVP o
SPÖ o
GRÜNE o
FPÖ o
NEOS o

Stimmenthaltung:

ÖVP o
SPÖ o
GRÜNE o
FPÖ o
NEOS o

Zum Antrag sprachen: Renner, Keyl, Kerschbaum, Gepp, Pfaffl, Haider-Wittmann

5) Auftragsvergabe PV-Anlage samt Batteriespeicher – K2

Sachverhalt:

In der Gemeinderatssitzung vom 09.11.2022 wurde beschlossen, die geplante PV-Anlage am Dach des Bauvorhabens K2 auf die gesamte zur Verfügung stehende Dachfläche zu erweitern.

Weiters wurde in einer Präsentation vor den Gemeinderäten der Stadtgemeinde Korneuburg festgelegt, einen Batteriespeicher für die Nutzung der gewonnenen Energie in die Anlage zu integrieren.

Hierfür legte der beauftragte Totalunternehmer, die Firma WET, Angebote, die jedoch den zuständigen Sachbearbeitern der Stadtgemeinde preislich enorm überhöht erschienen.

Diese Angebote beliefen sich auf: (netto)

PV-Anlage: € 114.015,52

Batteriespeicher: € 221.385,86

Aus diesem Grund wurden Vergleichsangebote für die Lieferung, Montage und Inbetriebnahme der gewünschten PV-Anlage samt Batteriespeicher eingeholt. Folgende Angebote wurden eingeholt: (netto)

Firma Leonbacher: € 158.375,18

Firma Leymann: € 194.383,15

Firma PV-Power: € 160.021,66

Dies hat gezeigt, dass die Angebote der Firma WET um ca. € 175.000,00 teurer sind als die eingeholten Vergleichsangebote.

Es wurde der Firma WET die Möglichkeit eingeräumt, ihre Angebote nachzubessern. Selbst nach besagter Nachbesserung beträgt der Differenzbetrag zum Bestbieter der Vergleichsangebote immer noch ca. netto € 85.000,00.

Aus diesem Grund wird empfohlen, den Auftrag für die Errichtung der von der Stadtgemeinde Korneuburg gewünschten PV-Anlage samt dazugehörigen Batteriespeicher an die bestbietende Firma Elektro Leonbacher zu vergeben.

Für die Erweiterung der PV-Anlage sowie der den gesetzlichen Richtlinien entsprechenden Unterbringung des Batteriespeichers sind bauliche Maßnahmen notwendig, welche nicht Inhalt des Ursprungsangebotes der Firma WET waren. Dies beinhaltet eine aufgrund der Vergrößerung der PV-Anlage notwendige Veränderung der EVN-Zuleitung samt zugehörigem, zusätzlichem Verteilerkasten für die EVN.

Diese Arbeiten sind aus Gewährleistungsgründen vom beauftragten Totalunternehmer, der Firma WET, durchzuführen und belaufen sich auf netto € 37.494,98.

Aufgrund der Vorberatung zu obigem Sachverhalt im Bauausschuss am 24.04.20223 wurde dieser Gegenstand mit ☒ einstimmiger / ☐ mehrstimmiger / ☐ ohne Empfehlung in die Tagesordnung des Stadtrates aufgenommen.

Somit stellt der Stadtrat den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Korneuburg beschließt, den Auftrag für die Lieferung, die Montage sowie Inbetriebnahme der PV-Anlage samt Batteriespeicher an die Firma Elektro Leonbacher, Gewerbegebiet 12, 2100 Stetten, zu einem Gesamtpreis von netto € 158.375,18 zu vergeben.

Der Auftrag für die bauliche Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen für die Errichtung der PV-Anlage sowie den Batteriespeicher und der dafür notwendigen Maßnahmen der EVN wird an die Firma WET, Bahnhofplatz 1, 2340 Mödling, zu einem Gesamtpreis von netto € 37.494,98 vergeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen ☒

Zugestimmt: ÖVP X

SPÖ X

GRÜNE X

FPÖ X

NEOS X

Gegenstimmen: ÖVP o

SPÖ o

GRÜNE o

FPÖ o

NEOS o

Stimmenthaltung: ÖVP o

SPÖ o

GRÜNE o

FPÖ o

NEOS o

Zum Antrag sprachen: o

6) Jugendvereine Subventionen

Sachverhalt:

Für die Korneuburger Jugendvereine sind im Budget 2023 Subventionen in der Höhe von 5.500,00 vorgesehen. Diese sind eine Anerkennung und Unterstützung für die Vereine. Die Auszahlung erfolgt in 2 Teilbeträgen im Juni und im Oktober 2023.

Aufgrund der Vorberatung zu obigem Sachverhalt im Ausschuss Gesundheit und Generationen am 17.04.2023 wurde dieser Gegenstand mit ☒ einstimmiger / ☐ mehrstimmiger / ☐ ohne Empfehlung in die Tagesordnung des Stadtrates aufgenommen. Somit stellt der Stadtrat den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Korneuburg beschließt, dass die Subventionen an die Korneuburg Jugendvereine in 2 Teilbeträgen (je € 2.750,00 = Gesamt € 5.500,00) laut nachstehender Aufstellung ausbezahlt werden.

	2023		
	Juni	Okt.	Ges.
CÖMSTV LAETITIA KORNEUBURG	343,75	343,75	687,5
JUGEND DER EVANG. PFARRE	343,75	343,75	687,5
JUNGE GENERATION SPÖ	343,75	343,75	687,5
JUNGE ÖVP - Korneuburg	343,75	343,75	687,5
KINDERFREUNDE KORNEUBURG	343,75	343,75	687,5
KINDERWELT KORNEUBURG	343,75	343,75	687,5
MARKO DANUBIA	343,75	343,75	687,5
JUNGSCHAR UND JUGEND PFARRE	343,75	343,75	687,5
Summe	2 750,00	2 750,00	5 500,00

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen ☒

Zugestimmt: ÖVP X

SPÖ X

GRÜNE X

FPÖ X

NEOS X

Gegenstimmen: ÖVP 0

SPÖ 0

GRÜNE 0

FPÖ 0

NEOS 0

Stimmenthaltung: ÖVP 0

SPÖ 0

GRÜNE 0

FPÖ 0

NEOS 0

Zum Antrag sprachen: 0

7) Shuttle – Bus

Sachverhalt:

Der Jugendshuttle ist ein Projekt von „10 vor Wien“. Korneuburg ist für die Linie 2 verantwortlich. Die Verwaltung und Organisation liegen bei der Gemeinde Harmannsdorf. Es wird jährlich eine Vereinbarung für die Übernahme der Kosten abgeschlossen. Die Kosten der Gemeinden ergeben sich aus der Anzahl der Fahrten und den Einnahmen aus den Ticketverkäufen. Aufgrund der Erfahrungswerte wurden im Budget 2023 dafür Euro 3.000,-- vorgesehen.

Aufgrund der Vorberatung zu obigem Sachverhalt im Ausschuss Gesundheit und Generationen am 17.04.2023 wurde dieser Gegenstand mit ☒ einstimmiger / ☐ mehrstimmiger / ☐ ohne Empfehlung in die Tagesordnung des Stadtrates aufgenommen.

Somit stellt der Stadtrat den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Korneuburg beschließt, dass die Shuttlebusvereinbarung für das Jahr 2023 in der Höhe von € 3.000,-- weiter übernommen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen ☒

Zugestimmt: ÖVP X

SPÖ X

GRÜNE X

FPÖ X

NEOS X

Gegenstimmen: ÖVP o

SPÖ o

GRÜNE o

FPÖ o

NEOS o

Stimmenthaltung: ÖVP o

SPÖ o

GRÜNE o

FPÖ o

NEOS o

Zum Antrag sprachen: o

8) Projekt Hippy

Sachverhalt:

Das Projekt HIPPY betreut in aufsuchender Elternarbeit bildungsbenachteiligte Familien mit Migrationshintergrund, mit dem Ziel der frühen interfamiliären Förderungen ihrer drei- bis siebenjährigen Kinder.

Zur Weiterführung des erfolgreichen Projekts in Korneuburg bitten die Betreiber um einen Finanzierungszuschuss in der Höhe von € 3.000,--.

Aufgrund der Vorberatung zu obigem Sachverhalt im Ausschuss Gesundheit und Generationen am 17.04.2023 wurde dieser Gegenstand mit ☒ einstimmiger / ☐ mehrstimmiger / ☐ ohne Empfehlung in die Tagesordnung des Stadtrates aufgenommen.

Somit stellt der Stadtrat den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Korneuburg beschließt, das Projekt HIPPY für das Jahr 2023 mit einem Zuschuss in der Höhe von € 3.000,-- zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen ☒

Zugestimmt: ÖVP X

SPÖ X

GRÜNE X

FPÖ X

NEOS X

Gegenstimmen: ÖVP o

SPÖ o

GRÜNE o

FPÖ o

NEOS o

Stimmenthaltung: ÖVP o

SPÖ o

GRÜNE o

FPÖ o

NEOS o

Zum Antrag sprachen: o

9) Sportsubventionen

9.a) Sportsubventionen I

Sachverhalt:

Um eine bessere Aufteilung in Richtung Breitensport zu erzielen, bedarf es einer Änderung des Punktes 2. c) der Sportsubventionsrichtlinien der Stadt Korneuburg. Ziel dieser Änderung ist es den Breitensport und die Trainer höher zu bewerten. 60% der Subventionen werden über ein Punktesystem bewertet. Diese 60% werden wie nachstehend noch einmal aufgeteilt.

- 45% Mitglieder (werden nur aktive Mitglieder gezählt)
- 25% Trainer (werden nur aktive Trainer gezählt)
- 15% Leistungskomponente
- 5% Veranstaltungsbonus
- 10% Meisterschaftsbetrieb

Aufgrund der Vorberatung zu obigem Sachverhalt im Ausschuss Bildung und Sport am 19.04.2023 wurde dieser Gegenstand mit ☒ einstimmiger / ☐ mehrstimmiger / ☐ ohne Empfehlung in die Tagesordnung des Stadtrates aufgenommen. Somit stellt der Stadtrat den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Korneuburg beschließt, den Punkt 2 c) der Sportsubventionsrichtlinie der Stadt Korneuburg wie folgt zu ändern.

2. c) Die Förderung erfolgt einerseits über einen Sockelbetrag. Für diesen werden 30% der Sportsubvention aufgewendet. Alle Vereine, die dem Punkt 1) der Subventionsrichtlinie entsprechen, erhalten diesen Beitrag zu gleichen Teilen. 60 % der Subventionen werden über ein Punktesystem abgerechnet. Diese 60% werden wie nachstehend anteilig aufgeteilt.

- 45% Mitglieder (werden nur aktive Mitglieder gezählt)
- 25% Trainer (werden nur aktive Trainer gezählt)
- 15% Leistungskomponente
- 5% Veranstaltungsbonus
- 10% Meisterschaftsbetrieb

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen ☒

Zugestimmt:

ÖVP	X
SPÖ	X
GRÜNE	X
FPÖ	X
NEOS	X

Gegenstimmen:

ÖVP	o
SPÖ	o
GRÜNE	o
FPÖ	o
NEOS	o

Stimmenthaltung:

ÖVP	o
SPÖ	o
GRÜNE	o
FPÖ	o
NEOS	o

Zum Antrag sprachen: Gepp, Hanke

9.b) Sportsubventionen II

Sachverhalt:

Für die Korneuburger Sportvereine sind im Budget 2023 Subventionen für Sportvereine in der Gesamthöhe von € 31.500,-- vorgesehen. Die Fördersumme wurde von bis jetzt € 26.500,-- auf € 31.500,-- erhöht. Diese sind eine Anerkennung und Unterstützung für die Vereine. Die eingereichten Anträge wurden auf Basis der Sportsubventionsrichtlinien entsprechend aufgeteilt und werden in 2 Teilbeträgen (1. Teilbetrag Auszahlung Mai 2023; 2. Teilbetrag Auszahlung Oktober 2023) ausbezahlt.

Aufgrund der Vorberatung zu obigem Sachverhalt im Ausschuss Bildung und Sport am 19.04.2023 wurde dieser Gegenstand mit ☒ einstimmiger / ☐ mehrstimmiger / ☐ ohne Empfehlung in die Tagesordnung des Stadtrates aufgenommen. Somit stellt der Stadtrat den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Korneuburg beschließt, die Subventionen an die Vereine laut nachstehender Liste auszuzahlen.

Sportsbubventionen		2023		
		Gesamt	1 Teilzahl.	2. Teilzahl.
ASKÖ	Cachibol	939,42	469,71	469,71
	Gymnastik u.Beweg.	981,05	490,53	490,53
	Stocksport/Laufen	756,83	378,41	378,41
	Tennis	1 040,27	520,14	520,14
	Rythmische Sportgymnastik	1 164,34	582,17	582,17
	Vereinsheim	630,00	315,00	315,00
ASVÖ	Allemannia	2 178,65	1 089,33	1 089,33
	Ausdauercoach	943,61	471,80	471,80
	Fussball	3 249,70	1 624,85	1 624,85
	Schachverein	760,05	380,03	380,03
	Boxclub Korneuburg	808,59	404,29	404,29
Union	Basketball	1 075,45	537,72	537,72
	Handball Damen	1 832,80	916,40	916,40
	Handball Herren	1 738,09	869,04	869,04
	Hand in Hand	576,83	288,41	288,41
	Judo	658,16	329,08	329,08
	Karate	487,22	243,61	243,61
	Radclub Bikerei	2 142,78	1 071,39	1 071,39
	Rock´n´Roll	1 402,30	701,15	701,15
	Schwimmen	1 528,03	764,01	764,01
	Tennis	1 962,45	981,23	981,23
	Tischtennis	1 322,86	661,43	661,43
	Turnen	2 279,65	1 139,83	1 139,83
	Vereinsheim	630,00	315,00	315,00
	HSV	410,87	205,43	205,43
			15 750,00	15 750,00
		31 500,00	31 500,00	

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen ☒

Zugestimmt:	ÖVP	X
	SPÖ	X
	GRÜNE	X
	FPÖ	X
	NEOS	X

Gegenstimmen:	ÖVP	o
	SPÖ	o
	GRÜNE	o
	FPÖ	o
	NEOS	o

Stimmenthaltung:	ÖVP	o
	SPÖ	o
	GRÜNE	o
	FPÖ	o
	NEOS	o

Zum Antrag sprachen: Hanke

ABGESETZT 10) Preisanpassung Essenspreise Kindergarten

11) Ansuchen Sondersubventionen Volkshochschule

Sachverhalt:

Die Volkshochschule Korneuburg hat einen Antrag auf Sondersubventionen gestellt. In diesem Schreiben wird um einen Kostenzuschuss in der Höhe von € 35.000,-- für Energie und Personalkosten angesucht. Es wurden der Stadtgemeinde Korneuburg Abrechnungen von Strom und Gas übermittelt.

Da die Vorgangsweise zur Förderung von Organisationen und Vereinen bis zu 70% Unterstützung für Mehrkosten im Bereich der Energieversorgung vorsieht, entspricht das laut nachstehender Aufstellung einen Betrag von € 5.390,--. Im Vergleich dazu hat die Musikschule um eine Förderung von € 24.000,-- angesucht und bewilligt bekommen, aber tatsächlich nur € 8.700,-- beansprucht.

Berechnung Förderung Volkshochschule			
	Stromkosten	Gas	Gesamt
01.01.2021 -31.12.2021	1 219,50	4 064,96	5 284,46
01.01.2022 - 05.01.2023	1 956,89	7 227,57	9 184,46
Steigerung 2021 auf 2022	737,39	3 162,61	3 900,00
Steigerung 2022 auf 2023 geschätzt	800,00	3 000,00	3 800,00
			7 700,00
Förderung 70% der Mehrkosten von€ 7.700,--		70,00%	5 390,00

Aufgrund der Vorberatung zu obigem Sachverhalt im Ausschuss Bildung und Sport am 19.04.2023 wurde dieser Gegenstand mit ☒ einstimmiger / ☐ mehrstimmiger / ☐ ohne Empfehlung in die Tagesordnung des Stadtrates aufgenommen. Somit stellt der Stadtrat den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Korneuburg beschließt, die Volkshochschule mit einem Betrag von € 5.390,-- für die entstandenen Mehrkosten für Energie zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen ☒

Zugestimmt: ÖVP X

SPÖ X

GRÜNE X

FPÖ X

NEOS X

Gegenstimmen: ÖVP o

SPÖ o

GRÜNE o

FPÖ o

NEOS o

Stimmenthaltung: ÖVP o

SPÖ o

GRÜNE o

FPÖ o

NEOS o

Zum Antrag sprachen:o

12) Sonstige Transfers an private Haushalte – Erhöhung des Budgetansatzes

Sachverhalt:

Der Budgetansatz der VAST: 1/4290-7680 Sonstige Transfers an private Haushalte soll um € 6.000,00 auf € 20.000,00 im NAVA 2023 aus folgenden Gründen aufgestockt werden:

1. Die im VA 2023 beschlossene Summe von € 14.000,00 wurde aufgrund der Richtlinienänderung im GR (Erhöhung der Auszahlungsbeträge) um € 2.500,00 überzogen und schon im Jänner 2023 ausbezahlt.
2. Für die Ferienbetreuung im Sommer 2023 eines Kindes mit besonderen Bedürfnissen sollen € 3.500,00 zur Verfügung gestellt werden. Dieser Betrag wurde noch nicht ausbezahlt.

Aufgrund der Vorberatung zu obigem Sachverhalt im Ausschuss Soziales, Wohnungen & Personal am 11.04.2023 wurde dieser Gegenstand mit ☒ einstimmiger Empfehlung in die Tagesordnung des Stadtrates aufgenommen.

Somit stellt der Stadtrat den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Korneuburg beschließt die Erhöhung der VAST: 1/4290-7680 Sonstige Transfers an private Haushalte um € 6.000,00 im NAVA 2023 aus folgenden Gründen auf € 20.000,00:

1. Die im VA 2023 beschlossene Summe von € 14.000,00 wurde aufgrund der Richtlinienänderung im GR (Erhöhung der Auszahlungsbeträge) um € 2.500,00 überzogen und schon im Jänner 2023 ausbezahlt.
2. Für die Ferienbetreuung im Sommer 2023 eines Kindes mit besonderen Bedürfnissen sollen € 3.500,00 zur Verfügung gestellt werden. Dieser Betrag wurde noch nicht ausbezahlt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen ☒

Zugestimmt:

ÖVP	X
SPÖ	X
GRÜNE	X
FPÖ	X
NEOS	X

Gegenstimmen:

ÖVP	o
SPÖ	o
GRÜNE	o
FPÖ	o
NEOS	o

Stimmenthaltung:

ÖVP	o
SPÖ	o
GRÜNE	o
FPÖ	o
NEOS	o

Zum Antrag sprachen: o

13) Überplanmäßige Ausgaben – Auswahlkosten

Sachverhalt:

Am 14.12.2022 wurde im Gemeinderat die benötigte Unterstützung bei der Findung einer Bautechnikerin bzw. eines Bautechnikers für unsere Bauabteilung (unsere Ausschreibungen brachten bis dato nicht den gewünschten Erfolg) durch die Firma ISG Personalmanagement GmbH (1010 Wien, Universitätsring 14 / E-Mail: office@isg.com / T: +43/1 512 35 05) beschlossen („ISG PersonalMGT GmbH_AT_Professional-Search_20221206“).

Diese Personalsuche konnte erfolgreich abgeschlossen werden, ein neuer Bautechniker soll ab 08.05.2023 befristet bis (vorerst) 31.12.2023 mittels Sonderdienstvertrag gemäß § 41 NÖ GVBG aufgenommen werden.

Die Auswahlkosten für die Personalfindung betragen insgesamt € 14.180,40 und werden über das Konto 1/011000-728500 Entgelte für sonstige Leistungen (Inserate) bezahlt, der Betrag ist im VA 2023 aufgrund der Beschlussfassung im Dezember 2023 nicht budgetiert. Anderweitige Einsparungen auf diesem Konto sind nicht möglich.

Somit stellt der Stadtrat den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Korneuburg beschließt überplanmäßige Ausgaben betreffend des Haushaltskontos 1/011000-728500 Entgelte für sonstige Leistungen (Inserate) in Höhe von € 14.200,--. Die Meldung erfolgt im Rahmen des Nachtragsvoranschlages 2023.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen ☒

Zugestimmt:

ÖVP	X
SPÖ	X
GRÜNE	X
FPÖ	X
NEOS	X

Gegenstimmen:

ÖVP	o
SPÖ	o
GRÜNE	o
FPÖ	o
NEOS	o

Stimmenthaltung:

ÖVP	o
SPÖ	o
GRÜNE	o
FPÖ	o
NEOS	o

Zum Antrag sprachen: o

14) Dienstpostenplan 2023 – Änderungen

Sachverhalt:

Für unsere Bauabteilung soll eine Verwaltungsmitarbeiterin im Dienstzweig Nr. 56 – Gehobener Verwaltungsdienst (Grundverwendungsgruppe 6) als „Nachbesetzung“ einer mit 28.02.2023 ausgeschiedenen Verwaltungskraft ehestmöglich aufgenommen werden. Im aktuellen Dienstpostenplan 2023 ist dieser Dienstposten im Dienstzweig Nr. 71 - Verwaltungsfachdienst (Grundverwendungsgruppe 5) vorgesehen. Aufgrund der gestiegenen Anforderungen soll dieser Dienstposten aufgewertet werden.

Somit stellt der Stadtrat den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Korneuburg beschließt aufgrund der gestiegenen Anforderungen, dass im Dienstpostenplan 2023 der Dienstposten in der Bauabteilung vom derzeitigen Dienstzweig Nr. 71 / Verwaltungsfachdienst auf Dienstzweig Nr. 56 / Gehobener Verwaltungsdienst geändert wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen ☒

Zugestimmt: ÖVP X

SPÖ X

GRÜNE X

FPÖ X

NEOS X

Gegenstimmen: ÖVP 0

SPÖ 0

GRÜNE 0

FPÖ 0

NEOS 0

Stimmenthaltung: ÖVP 0

SPÖ 0

GRÜNE 0

FPÖ 0

NEOS 0

Zum Antrag sprachen: 0

15) Resolution öffentlicher Verkehr im Bezirk Korneuburg

Resolution Öffentlicher Verkehr im Bezirk Korneuburg

Sachverhalt

Das Land Niederösterreich ist hinsichtlich der Flächen und der Einwohner das größte bzw. zweitgrößte Bundesland. Daher ist es umso wichtiger alles zu tun, um dem Mobilitätsbedürfnis der Menschen in Niederösterreich gerecht zu werden und gleichzeitig den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen. Das geht nur durch erhebliche Investitionen des Landes in eine leistungsstarke Infrastruktur für öffentliche Verkehrsmittel sowie dem systematischen und umfassenden Ausbau des Leistungsangebotes der öffentlichen Verkehrsmittel - sowohl auf den Bahn-Hauptachsen wie auch in der Fläche mit zeitgemäßen attraktiven Bus-Angeboten.

Das Bundesland Vorarlberg beschreitet seit vielen Jahren konsequent und sehr erfolgreich diesen Weg und stellt seiner Bevölkerung flächendeckend an sieben Tagen der Woche ein attraktives Mobilitätsangebot zur Verfügung.

Die Einführung des Klimatickets hat wesentlich dazu beigetragen, das Interesse und die Nachfrage am öffentlichen Verkehr zu stärken. Allerdings reicht ein günstiges Ticket alleine nicht aus, um die Menschen - v.a. in der Fläche - für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen – dazu braucht es auch ein adäquates Angebot, insbesondere im Busbereich in den Umlandgemeinden.

Um den Zugang zu den Verkehrsknotenpunkten sicherzustellen, speziell dort, wo der Ursprung der Pendlerinnen und Pendler im weniger dicht besiedelten, ländlichen Raum liegt, braucht es regelmäßige öffentliche Verbindungen zu diesen Verkehrsknotenpunkten. Zusätzlich könnten dadurch die Park&Ride-Anlagen entlastet werden.

Bisherige Ansätze, wie z.B. ISTmobil können einerseits die erforderlichen Kapazitäten nicht ausreichend bereitstellen und würden bei einem Ausbau und einer notwendigen tariflichen Attraktivierung (z.B. der angedachte Entfall der Komfortzuschläge und damit kostenlose Fahrten für Inhaber und Inhaberinnen von Netzkarten) die Grenzen der Finanzierbarkeit durch die Gemeinden weit überschreiten. Würden nur 20% der Pendler*innen mit dem ISTmobil statt dem eigenen Auto zu den Bahnhöfen Korneuburg und Stockerau fahren, würde dies grob berechnet eine Verdreifachung der ISTmobil Fahrten im Bezirk und damit der Kosten für die Gemeinden bedeuten¹.

Nur durch einen Ausbau der Angebote kann der Anreiz zur Nutzung gesteigert werden. Alle Systeme müssen so aufgesetzt werden, dass diese kurzfristig an die Bedürfnisse angepasst werden können. Eine Änderung nur alle 10 Jahre bei einer Neuausschreibung durchzuführen, schränkt die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs unverhältnismäßig ein.

¹ Rd. 28.000 ISTmobil-Fahrten pro Jahr / 1.000 P&R Stellplätze in Korneuburg und Stockerau an 260 Tagen im Jahr

Regionale, gemeindegrenzüberschreitende Mobilitätsangebote können nur durch zusätzliche finanzielle Mittel von Bund und Land im Rahmen der Daseinsvorsorge abgedeckt werden.

Die unterzeichneten Gemeinderät*innen stellen daher den

Antrag:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, mit der Bundesregierung, insbesondere mit der zuständigen Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie dafür einzutreten,

1. die nötigen infrastrukturellen Maßnahmen im Bezirk Korneuburg und Zusatzbestellungen für die notwendige Leistungsausweitung, welche unter anderem durch die Einführung des Klimatickets notwendig geworden ist, im öffentlichen Verkehr durchzuführen und zu finanzieren.
 1. 15 min -Takt Schnellbahn bis Stockerau umgesetzt bis 2026
 2. Verbindungen aus allen Gemeinden im Bezirk nach Stockerau/Korneuburg werktags **mindestens** im Stundentakt (Wochende 2-Stundentakt) Dies kann auch durch kleine Busse umgesetzt werden.
 3. ISTmobil (regionales Anrufsammeltaxi) weiterhin für Gemeinden leistbar (unter Beibehaltung des Komfortzuschlages) und als Ergänzung und nicht als Ersatz für **bestehende** die Busverbindung
 4. Optimierung des Linienverkehrs auch innerhalb der Ausschreibungsperiode (10 Jahre) wenn Bedarf für zusätzliche Verbindungen entsteht (z.B. aufgrund Evaluierung ISTmobil bzw. Bedarfsverkehr). Diese Optimierung – zusätzliche Busrouten – darf nicht auf Kosten der Gemeinden erfolgen.
2. Wo der Ursprung der Pendlerinnen und Pendler im nicht dicht besiedelten, ländlichen Raum liegt, ist besonders darauf zu achten, dass regelmäßige und dauerhafte Verbindungen zu den hochrangigen Verkehrsknotenpunkten des öffentlichen Verkehrs gewährleistet werden.
3. Ausbau und Finanzierung first/last Mile (Mobilitätspaket) in den Städten Korneuburg und Stockerau durch Bund, Land Niederösterreich oder Dritte.
4. P&R Ausbau an allen Bahnhöfen bzw. multimodalen Verkehrsknotenpunkten im Bezirk. Faire Beteiligung der Gemeinden nicht nur an den Kosten, sondern auch an den Einnahmen (z.B. Vermietung, Werbung...) der P&R Anlagen.

Begründung der Dringlichkeit:

Der laufende Vertrag für ISTmobil endet in wenigen Monaten, die Entwicklung eines zukunftssträchtigen Angebotes braucht entsprechende Vorlaufzeiten.

ABÄNDERUNGSANTRAG STR Kerschbaum:

Abänderungsantrag zur Resolution „Öffentlicher Verkehr im Bezirk Korneuburg“

eingbracht in der Sitzung des Gemeinderates vom 5.5.2023

Der Resolutionstext möge wie folgt abgeändert werden:

Im Punkt 2 des ersten Absatzes wird das Wort „Verbindungen“ durch das Wort „Linienverkehr“ ersetzt.

Der Resolutionstext lautet daher:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, mit der Bundesregierung, insbesondere mit der zuständigen Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie dafür einzutreten,

5. die nötigen infrastrukturellen Maßnahmen im Bezirk Korneuburg und Zusatzbestellungen für die notwendige Leistungsausweitung, welche unter anderem durch die Einführung des Klimatickets notwendig geworden ist, im öffentlichen Verkehr durchzuführen und zu finanzieren.
 1. 15 min -Takt Schnellbahn bis Stockerau umgesetzt bis 2026
 2. **Linienverkehr** aus allen Gemeinden im Bezirk nach Stockerau/Korneuburg werktags mindestens im Stundentakt (Wochende 2-Studentakt) Dies kann auch durch kleine Busse umgesetzt werden.
 3. ISTmobil (regionales Anrufsammeltaxi) weiterhin für Gemeinden leistbar (unter Beibehaltung des Komfortzuschlages) und als Ergänzung und nicht als Ersatz für bestehende die Busverbindung
 4. Optimierung des Linienverkehrs auch innerhalb der Ausschreibungsperiode (10 Jahre) wenn Bedarf für zusätzliche Verbindungen entsteht (z.B. aufgrund Evaluierung ISTmobil bzw. Bedarfsverkehr). Diese Optimierung – zusätzliche Busrouten – darf nicht auf Kosten der Gemeinden erfolgen.
6. Wo der Ursprung der Pendlerinnen und Pendler im nicht dicht besiedelten, ländlichen Raum liegt, ist besonders darauf zu achten, dass regelmäßige und dauerhafte Verbindungen zu den hochrangigen Verkehrsknotenpunkten des öffentlichen Verkehrs gewährleistet werden.
7. Ausbau und Finanzierung first/last Mile (Mobilitätspaket) in den Städten Korneuburg und Stockerau durch Bund, Land Niederösterreich oder Dritte.
8. P&R Ausbau an allen Bahnhöfen bzw. multimodalen Verkehrsknotenpunkten im Bezirk. Faire Beteiligung der Gemeinden nicht nur an den Kosten, sondern auch an den Einnahmen (z.B. Vermietung, Werbung...) der P&R Anlagen.

Begründung:

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde von GRÜNEN und SPÖ gemeinsam ein Resolutionstext eingebracht, um den Ausbau des Busverkehrs in die Gemeinden abseits der Bahn einzufordern.

Durch die Verwendung der Formulierung „Verbindungen“ im Abs.1 Punkt 2 kann in dieser zentralen Forderung auch eine Verbindung mit dem Bedarfsverkehr (derzeit ISTmobil) verstanden werden. Aus dem Verlauf der Verhandlungen zum Resolutionstext ist zu schließen, dass diese Formulierung von Seiten der ÖVP und FPÖ auch deshalb so gewählt wurde.

Um Pendler*innen zum dringend notwendigen Umstieg auf den Öffentlichen Verkehr zu motivieren, ist aber das Angebot eines derartigen Bedarfsverkehrs á lá ISTmobil ungeeignet, weil:

- die Kosten für den „Komfortzuschlag“ für Pendler*innen bei täglicher Nutzung unzumutbar hoch wären. Ein Verzicht auf diesen Komfortzuschlag wird in der Resolution (aus gutem Grund) abgelehnt, da dies eine Kostenexplosion für die Gemeinden mit sich bringen könnte.
- es sich bereits jetzt zeigt, dass insbesondere in den Hauptverkehrszeiten das ISTmobil nicht verlässlich buchbar ist. Dies ist auch logisch, da nur eine bestimmte Anzahl von Taxis zur Verfügung stehen und die meist-genutzten ISTmobil-Haltestellen sind die Bahnhöfe.

Für die Energiewende im Bereich Mobilität ist es unbedingt erforderlich, auch im ländlichen Bereich ein nutzbares und verlässliches ÖV-Angebot zu schaffen und den Bürger*innen einen Umstieg zu ermöglichen.

Die Abhängigkeit vom eigenen (Zweit- und Dritt)auto stellt aber auch eine massive finanzielle Belastung für die Haushalte im ländlichen Bereich dar. Dies betrifft insbesondere auch die rd. 2.000 Einpendler*innen aus dem Bezirk zu den Arbeitsplätzen in Korneuburg, von denen rd. 1/3 derzeit unzureichend öffentlich an die Bezirkshauptstadt angebunden sind.

Die Länder sind zuständig für die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs.

Durch die Verlagerung des ÖV auf den „Bedarfsverkehr“ und den Ausbau der P&R-Anlagen werden Kosten auf die Gemeinden verlagert – ganz zu schweigen von der innerstädtischen Verkehrsbelastung, die dadurch entsteht.

Anhang: Statistik Austria, abgestimmte Erwerbsstatistik 2020:

EINPENDLER UND EINPENDLERINNEN 6 484

aus einer anderen Gemeinde des Politischen Bezirks 2 119

Bisamberg 172

Enzersfeld im Weinviertel 43

Ernstbrunn 120

Großmugl 55

Großrußbach 79

Hagenbrunn 53

Harmannsdorf 180

Hausleiten 87

Langenzersdorf 178

Leitzersdorf 42

Leobendorf 241

Rußbach 30

Sierndorf 120

Spillern 94

Stetten 69

Stockerau 450

Niederhollabrunn 37

Gerasdorf bei Wien 58

Unzureichend öffentlich angebunden: 708 => 1/3 der Einpendler*innen aus dem Bezirk

1. Abstimmung: Abänderungsantrag:

Abstimmungsergebnis:	ABGELEHNT	☒
Zugestimmt:	ÖVP	☐
	SPÖ	☒
	GRÜNE	☒
	FPÖ	☐
	NEOS	☒
Gegenstimmen:	ÖVP	☐
	SPÖ	☐
	GRÜNE	☐
	FPÖ	☒
	NEOS	☐
Stimmenthaltung:	ÖVP	☒
	SPÖ	☐
	GRÜNE	☐
	FPÖ	☐
	NEOS	☐

2. Abstimmung der unter Top 15) angeführten Resolution

Abstimmungsergebnis: mehrstimmig beschlossen ☒

Zugestimmt: ÖVP X

SPÖ X

GRÜNE o

FPÖ X

NEOS X

Gegenstimmen: ÖVP o

SPÖ o

GRÜNE o

FPÖ o

NEOS o

Stimmenthaltung: ÖVP o

SPÖ o

GRÜNE X

FPÖ o

NEOS o

Zu den Anträgen sprachen: Gepp, Kerschbaum, Keyl, Pfaffl

16) Allfälliges

Herr Bgm. Gepp gratuliert allen Gemeinderät:innen die im April/Mai Geburtstag feiern.

1. Vizebgm. Fuchs-Moser: Gesprächstermin Sozialgreissler – (mit Fr. Pammer, Fr. Fuchs-Moser, Fr. Fürhauser und Bgm. Gepp) – dringend benötigt werden folgende Lebensmittel – Reis, Teigwaren, Grieß, haltbare Lebensmittel, Konserven...

2. Vizebgm. Fürhauser: Spendenaufruf – BITTE – jeder GR 10,-- für den Sozialgreissler – Durchgang.

Wortmeldungen zum Sozialgreissler: Kerschbaum, Gepp

Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegen, schließt Herr Bgm. Gepp die öffentliche Sitzung um 19:39 Uhr.



Der Bürgermeister:

Christian Gepp, MSc



Für die SPÖ-Fraktion:
GR Thomas Pfaff



Für die ÖVP-Fraktion:
STR Stefan Hanke MA.BEd.



Für die Fraktion – die GRÜNEN:
STR Elisabeth Kerschbaum MSc



Für die FPÖ-Fraktion:
GR Mag. Hubert Keyl



Für die Fraktion – die NEOS:
GR Sabine Tröger

Für das Protokoll:



i.V. Mag. Karl Stepanek



VB Martina Czeiska